

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.
Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., 2 monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Bestellschuld).
Einzeln Nummern 12 Pfg.
Alle Kaiserlich, Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen freit
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadtgemeinderat zu Sobuslein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dieke. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder Inhaberswider sonstiger Leistungen des Vertriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Veröfentlichungsberechtigten) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Anzeigen-Kunstmessstellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Kaufstraße 184; in Dresden und Leipzig: Quakenstein & Vogler, Invalidenbank und Rudolf Hoffe;
in Frankfurt a. M.: W. L. Daube & Co.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung. Sind Montag,
Mittwoch und Freitag bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Ortspreis für
die 5 gespalt. Zeilen 20 Pfg.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pfg. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Einzelblatt“ und „Kellern“
50 Pfg. die Seite.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachsch.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Nr. 136 Bad Schandau, Dienstag, den 12. November 1918 62. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen
an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr
und nachmittags von 2—4 Uhr.
Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.
Fernruf Nr. 99.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Lebensmittel betr.

Kartoffeln — bei Haase — auf Bezirkskartoffelmarkte B, grau 10 Pfund,
rot 5 Pfund, von Montag ab.
Butter — bei Klemm — auf Lebensmittelmarkte Nr. 38 und Fettmarkte C vom
November 50 Gramm. Preis 4.45 M. das Pfund. Es werden beliefert:
Dienstag die Nr. 1 bis 1400,
Mittwoch 1401 Ende.
Schandau, den 11. November 1918. Der Stadtrat.

Schulen zu Schandau und Ostrau.

Wiederbeginn des Unterrichts: Donnerstag, den 14. Nov.

Schuldirektor Mohrlich.

Volksbücherei

im neueren Schulgebäude, erste Etage. Aus-
gabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Das Gebot der Stunde.

Jetzt, wo es überall gärt und brodeln, wo sich aus den alten, traditionellen gewordenen monarchischen Reichen, deren Fundamente doch nicht so fest gewesen sind, als man gemeinhin zu glauben gewöhnt war, neue Staatsgebilde in Europa formen, — jetzt wäre es der größte Fehler, großtun und untätig abseits zu stehen und die Dinge gleichgültig ihren Lauf gehen zu lassen.

Das Gebot der Stunde ist für jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau, die neue Reichsregierung unter ihrem Kanzler Ebert — dessen Rufus zur Ruhe und Ordnung auf der dritten Seite zu lesen ist — in ihren Bestrebungen, die hochgehenden politischen Wogen in feste Ufer zu leiten, nach besten Kräften zu unterstützen. Der Krieg, der so unendlich viel Herzleid über uns gebracht hat, ist verloren! Das Vaterland aber darf nicht verloren gehen! Wir alle müssen mit tätiger Hand, daß uns die Heimat erhalten bleibt.

Es ist notwendig, daß der Soldaten- und Arbeiterrot durch gleichmäßige Vertretung seitens der Bürger, Bauern und Beamten verstärkt wird. Dies zu erreichen, wird es u. E. wichtig sein, an den Gerechtigkeitssinn des Reichskanzlers und der Mehrheitsfraktionen zu appellieren. Es ist ein Gebot der Stunde und Vernunft! Und wir sind überzeugt, daß auch viele, die bisher anders dachten, nunmehr — nachdem sie so sichtbar von der Unhaltbarkeit des bisherigen Systems überzeugt worden sind — umgelernt haben und gern ihre Hand dazu bieten werden, an dem Uebergang aus dem furchtbaren Völkermorden in die Friedenswirtschaft mitzuhelfen und an dem neuen Staatsgebäude mitzubauen zum Heile der Heimat und des Vaterlandes!

Genau wie in der bisherigen Reichsregierungsform bez. deren Parlament alle Stände vertreten waren, so muß auch — abgesehen von der geplanten Nationalversammlung — im Soldaten- und Arbeiterrot der Bürger, Bauer und Beamte vertreten sein, denn dadurch wird eine Verbitterung vermieden, ein gemeinsames Handeln ermöglicht und die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert — letzteres natürlich unter Zuneigung des Markensystems und Bestrafung des Schleichhandels —, wodurch naturgemäß Ordnung und Ruhe gesichert werden.

Dies ist das Gebot der Stunde! Konrad Rohrlapper.

Aus Stadt und Land.

—* Die am gestrigen Sonntage in unserer Kirche veranstaltete Kollekte fürs Rote Kreuz hat ergeben 45 Mark.

—* Vom 10. November ab hält der Zug 6987, nachm. 2.18 Uhr von Schandau nach Sebnitz, auch in Porschtorf (2.30 Uhr).

—* Abdul Ming-Murey am Mittwoch in Hegenbarths Sälen! Das „Demminer Tageblatt“ schreibt: Abdul Ming-Murey, der Mann mit der eisernen Zunge, gab gestern in der „Reichspost“ ein hübsches Gastspiel. Ausgerüstet mit einer ungewöhnlichen Unterhaltungs-gabe, mit der er allein es besser als manch ein Dugend Durchschnitts-Mimen zuwege bringt, das Publikum zu erheitern, gab Murey als Zauberer zunächst gebliebene Proben der orientalischen Magie. Die Blaudereien, die seine Vorstellungen dabei begleiteten, sind ungemein launig, vornehm, witzig und lösten wiederholt recht starke Lachsalven aus usw. Es wird ein unterhaltender Abend werden und ist der Besuch deshalb warm zu empfehlen.

—* (M. J.) Das Kriegsministerium hat an die zuständigen Stellen Anweisung dahin erlassen, zur Sicherung und Beschleunigung der Kartoffelzufuhren allen an sie herantretenden Anträgen auf Bestellung von Mannschaften, sonstigen Hilfskräften, Gespannen und Lastkraftwagen so weit und so rasch als irgend möglich zu entsprechen. Da die Kartoffelenteignung in vollem Gange ist, darf erwartet werden, daß sich die Kartoffelzufuhren wesentlich bessern werden.

—* (M. J.) In einer im Laufe des Monats Nov. stattfindenden Sitzung wird sich das Direktorium der Stiftung Heimatdank darüber schlüssig machen, in welcher Weise eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Heimatdank und den Kriegsbeschädigten-Vereinigungen angebahnt werden kann. Es steht zu hoffen, daß dann die fogen. amtliche Fürsorge, der das Wohl der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen anvertraut ist, nicht mehr, wie es bisher vielfach geschehen ist, neben, sondern ständig Hand in Hand mit den Vereinigungen arbeitet, in denen sich die Leidensgenossen zur Selbsthilfe zusammengeschlossen haben. Dann wird es auch möglich sein, wegen der Unterstützung der Kriegsbeschädigten und der hierfür bestzustellenden Mittel Vereinbarungen zu treffen.

—* (M. J.) Bekanntlich hat das Ministerium des Innern auf Ansuchen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten am 28. Oktober seinen Sitzungsraum den Vertretern der Dresdner Presse zu einer Besprechung zur Verfügung gestellt, nachdem Dresdner Pressevertreter zur Vorbereitung von ihnen in Aussicht genommener, regelmäßig abzuhaltender Pressebesprechungen die Bereitstellung erbeten hatten. Es wird daraus in der Öffentlichkeit die Schlussfolgerung gezogen, daß die Sächsische Regierung auf die Presse vermehrten Einfluß zu gewinnen und sie ihren Wünschen gefügig zu machen beabsichtige. Dem gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht die Regierung war, die die Anregung zu der Veranstaltung gegeben hat, und daß sie bei der ersten Zusammenkunft nicht einmal vertreten war. Der Wunsch nach solchen Besprechungen ist vielmehr durchaus von der Presse selbst ausgegangen. Selbstverständlich würde es aber die Regierung nur mit Freude begrüßen können, wenn die Vertreter der Dresdner und der sächsischen Presse aller Parteien in gemeinsamen Beratungen und durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen vorhandene scharfe Gegensätze ausgleichen würden, und sie ist sehr gern bereit, dadurch mitzuwirken, daß sie auf Wunsch bei derartigen Zusammenkünften Auskunfts erteilt.

—* Anmeldung der metallverarbeitenden Handwerksbetriebe. Alle Handwerksbetriebe im Gewerbeamtbezirk Dresden, die Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel oder deren Legierungen zu Fertigwaren verarbeiten und die eine Berücksichtigung bei der späteren Metallverteilung durch die Metallfreigabestelle erwarten, werden dringend aufgefordert, sich bei der Gewerbeamt Dresden, Grunaer Straße 50, spätestens bis zum 15. November 1918 anzumelden. Auch die Handwerksbetriebe, die bisher unter die einzelnen Metallberatungsstellen der Industrie (z. B. in der Elektrotechnik, Kupferschmiederei usw.) gestellt waren, sollen sich melden. Ein Anspruch auf sofortige Belieferung des Betriebes mit Metall ist mit der Anmeldung nicht verbunden.

—* Versendung von Photographien an Gefangene im feindlichen und neutralen Ausland. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche photographische Sendungen an deutsche Gefangene und Internierte verboten sind mit Ausnahme von unaufgezogenen Personenbildnissen auf dünnstem Papier.

Papstdorf. Es freut uns, berichten zu können, daß sich der Schulantrittskandidat Herr Johannes Förster, welcher neulich von uns als vermisst gemeldet worden war, in französischer Gefangenschaft befindet.
Königstein. Bei der hiesigen Stadtsparkasse wurden im Monat Oktober 1918 Mark 185 190.10 eingezahlt, dagegen erfolgten Rückzahlungen im Betrage von Mark 98 430.18, einschließlich Mark 9 926.— für gez. Kriegsanleihe. Der Zinsfuß beträgt 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

Versammlung am Sonntag

in Hegenbarths Sälen. Der weltgerichte Schriftsteller Freiherr v. Reichenbach sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung über das Thema: „Was muß der Deutsche vom letzten Abschnitte des Weltkrieges wissen?“ Vorher begrüßte Herr Schuldirektor Mohrlich die zahlreich erschienenen Männer und Frauen aus Stadt und Land, wies auf die fürchtbar schwer auf uns lastenden Ereignisse hin und sprach den innigen Wunsch aus, daß wir auch aus diesem Zusammenbruch, der einzig in der Weltgeschichte dasteht, mit Gottes Hilfe und wieder herausfinden möchten. — Nun entwickelte der Redner des Abends ein hochinteressantes Bild über die politischen Verhältnisse, die Deutschlands Zusammenbruch bedingten. Die Auslandspolitik des gewesenen deutschen Kaisers, wäre im Gegensatz zu der Bismarcks eine derart schwanke gewesen, daß die Folgen nicht ausbleiben konnten. Wäre der Bismarcksche Kurs weiter beibehalten worden, so wäre es nicht zum Waffengang gekommen, da Deutschland mit Rußland zusammen respektvoll hätte sein müssen. Die Ereignisse der letzten Tage sind überrahend schnell gekommen, trotzdem ist es unser aller Pflicht, einer Regierung, von welcher Partei sie auch gestellt werde, die Anerkennung nicht zu verweigern, sofern sie für Ruhe und Ordnung sorgt. Er persönlich sei von jeder der Meinung gewesen, Redner führte weiter aus, es sei leider eine Tatsache, daß ein Teil des Offizierskorps — neben vielen anderen Begebenheiten — mit daran schuld wäre, daß die Mißstimmung unter den Soldaten so groß sei. Im Interesse des deutschen Offizierskorps müsse er jedoch feststellen, daß nicht alle so gewissenlos waren und den Zusammenbruch mit veranlaßt haben. Er habe noch das feste Vertrauen zu diesen und unserm Deere! Auch über den bisherigen deutschen Kronprinzen wurde berechtigte Klage geführt.

Darauf erläuterte er die englische Politik in Irland, wo es sich so recht gezeigt hat, daß wir, wenn hier nicht Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben, damit rechnen können, daß „unsere Vetter“ von drüben herüberkommen, um geordnete Verhältnisse schaffen zu wollen. Und dann sind wir verloren! Deshalb forderte Redner wiederholt auf, ja Ruhe und Besonnenheit zu wahren und Hand in Hand zu gehen mit der neuen Regierung an dem Aufbau unseres Vaterlandes, anstatt Englands Macht-politik durch innere Fäulnisse zu geben, sich in demselben zu betätigen. Nicht nur an die Anwesenden, sondern auch an den Arbeiter- und Soldatenrat müsse der Ruf ergehen: Ordnung halten! Ist jetzt die Hauptfrage! Mit diesem Appell schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Diefem schloß sich die Vorführung einer Serie von Lichtbildern an, welche uns mit den in letzter Zeit oft genannten Orientstädten und Gegenden und Kolonien bekannt machten. Den Schluß des Abends bildete ein lustiger Film aus dem Leben unserer Feld-grauen bez. von der Tätigkeit unserer Sanitätshunde. 110—10.

Letzte Drahtmeldung.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 11. November 1918.

Westlicher Kriegeschauplatz.

Bei Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das brandenburgische Inf.-Reg. Nr. 207 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Hennigs und Truppen, darunter 192. sächsische Infanterie-Division, unter Führung des Oberstleutnant v. Felsau, Kommandeur des Inf.-Reg. Nr. 183, besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstands-Vertrages wurden heute mittag auf allen Fronten die Feindseligkeiten eingestellt.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Abdankung des Kaisers.

Berufung einer Nationalversammlung.

(Amlich.) Berlin, 9. November.

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht der Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Verlage eines Gesandtenbesuchs wegen der sofortigen Ausweisung aller auswärtigen Konsuln für eine verfassungsgemäße deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des Deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Der letzte Hohenzoller.

Es erfüllt sich ein Schicksal.

Und man mag sagen, was man will, es rüttelt doch Millionen von Volksgenossen bis ins Mark.

Dies soll die Unabwendbarkeit der Ereignisse nicht nochmals unterteilt und ausgedeutet werden. Es sei auch nicht weiter nach dem Maße der Schuld der Persönlichkeit des letzten Trägers der Krone gefragt, wenn der Hammer der Geschichte den Thron zertrümmert, wenn die an glänzenden Abfritten reiche Regierung des Hohenzollernhauses in Preußen und dem Reich an ihrem Abschlusse steht. Durch die lange Kette der inneren und äußeren Krisen seit Jahr und Tag zieht sich der hiesige Streit der Parteien darüber, wie es gekommen ist und kommen konnte, daß Wilhelm II. mit allen Gebrechen des Systems persönlich belastet wurde, an dessen Ende das ganze Grauen eines verlorenen Kampfes steht. Einem verlorenen Kriege, für den unerhörte Kräfte unseres deutschen Volkstums eingesetzt, in den alle Quellen unserer Wirtschaft geleitet worden sind. Eine Welt mühte sich gegen das Deutschland verbündet, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Mit dem Griffel in der Hand stehen unsere Unterhändler, um das Diktat der Friedensbedingungen der Feinde entgegenzunehmen. In dieser Stunde stürzt das Alte, in dieser Stunde schreitet der Monarch vom Throne herab und eine neue Zeit tritt die Erbchaft an.

Wenn die Gemüter in wilder Wallung sind, wenn das Volk sich im Tumult befindet und alles sicherste Sinnen nur darauf aus sein darf, der Anstalt der des Volkstörpers Herr zu bleiben, auf daß ihn die sich herabsenkende Last nicht zu weit zerquetsche, dann ist kein Raum mehr für eine leidenschaftslose Abwägung und Abgleichung von Schuld und Sühne, für die historische Gerechtigkeit, die den Parteien das Bild gelassen und fast entwindet, das sie in den Erregungen der Stunde hin- und hergeren. Also tritt still beiseite. Bis sie ihres Amtes wieder waltet, bis sich in ihrer Hand die Fäden aus dem chaotischen Würfel der Meinungen, Anklagen und Verdächte wieder ordnen, bleibt das letzte Wort ungesagt. Aber das verhindert nicht, zu erkennen, daß gegenüber dem ungestümen Drange der Enttäuschten, die die Macht jetzt selbst in die Hand nehmen, gegenüber dem hemmungslosen „Kreuzige!“-Rufe, der den Monarchen als Sündenbock in die Wüste schießt, ungezählte Tausende von Staatsbürgern, die durchaus kritisch der Persönlichkeit und der Regierungsweise des Kaisers gegenüberstanden, heute dennoch auch anderen Gedanken Raum geben. Sie lehnen es einmal ab, die schwere Frage der Verantwortung persönlich so eng zu umgrenzen und auf den Träger der Krone zuzuspitzen, sie belasten damit weit über die Säulen dessen hinaus, was man als das niederbrechende System bezeichnet, zahlreiche Faktoren unseres gesamten öffentlichen Lebens und sie sind nicht so rasch fertig mit dem Signal zum Verbrennen dessen, was auch aus Initiativen der Krone heraus auf dem Gebiete der Förderung der nationalen Wohlfahrt und des gesunden Fortschrittes geschehen ist.

Die Hinterlassenschaft des letzten Hohenzollern auf dem Throne ist ein Frieden, als dessen Folge die nationale wirtschaftliche und politische Zerrüttung nur abgewehrt werden kann, wenn das deutsche Volk das Letzte aus sich herausholt und zu dieser Erwartung berechtigt das Vertrauen in die Unverwundlichkeit seiner Kräfte. So schwer diese Erbchaft nach der sachlichen und realen Seite ist, so leicht mühte sie füglich nach der persönlichen Seite anzukletten sein. Es wäre indessen nach der Auffassung eines starken Volksteiles unbillig und ungerecht, nun Wilhelm dem Zweiten das Szepter entgleiten, mit einer wohlfeilen Mißachtung über alles hinwegzusehen, was sich in seiner Regierungsweise zum Nutzen des Staates ausgewirkt hat. Ist es erlaubt, zu finden, daß seine Fehler die Fehler seiner Tugenden waren? Ist es erlaubt, gar manchen Schatten auf seiner Regierung zu erklären aus dem Lichte, das seine eigenartige Persönlichkeit ausstrahlte? Die es tun, sind nicht blind gegen alle die Geschehnisse, an die sich die Fragen nach Schuld und Sühne knüpfen; aber sie halten es für vereinbar, die sinkende Zeit zu begraben und den Entschluß, gerecht zu sein, leben zu lassen.

Die Umwälzung in Bayern.

Absetzung der Dynastie Wittelsbach.

München, 9. November.

Bayern ist in der Nacht zum Freitag durch einen Handstreich eine soziale Republik geworden. Die Umwälzung wurde der Bevölkerung Münchens durch eine Proklamation des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates mitgeteilt, in der es u. a. heißt:

„Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volkregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Bayern will Deutschland für den Völkerverbund rufen. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überschritten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Der Bürgerkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.“

Am Morgen wurde der Bevölkerung durch rote Plakate an den Anschlagssäulen mitgeteilt, daß die Dynastie Wittelsbach abgesetzt sei. Am Vormittag trat die provisorische Regierung der neuen Republik zusammen, die Kurt Eisner mit einer Ansprache eröffnete, in der er den Verlauf der Revolution schilderte und das Programm der zu berufenden Nationalversammlung entwickelte.

Die neue Regierung.

In dem Revolutionskabinett übernimmt das Präsidium und das Äußere der frühere Vorwärtsredakteur Kurt Eisner, das Vizepräsidium und das Ministerium für Kultus der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann-Kaiferlantern, ein früherer Volksschullehrer, das Ministerium für militärische Angelegenheiten (ein Kriegsminister soll nicht mehr existieren) der sozialdemokratische Abgeordnete Rothhaupter. Es geizte sich, sagte Eisner, für eine demokratische Regierung, daß in der Demokratie ein Zivilist die militärischen Angelegenheiten leite. Das Innere übernimmt Eisners bisheriger schärfster Gegner bei der Wahl für den Reichstag und bei dem Kampf der offiziellen Sozialdemokratie gegen die Unabhängigen, der sozialdemokratische Abgeordnete Gerhart Auer. Der frühere Verkehrsminister Frauendorfer hat sich der neuen Regierung angeschlossen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.

Der neue Minister Auer hat in der Versammlung der vorläufigen Regierung folgendes Präsidium für den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat vorgeschlagen:

Erster Präsident ist der Abgeordnete Franz Schmidt, Erster Vizepräsident der frühere Handlungsgehilfe Fritz Schröder, der ebenfalls im Gefängnis saß und an der revolutionären Erhebung beteiligt ist. Den Posten des Zweiten Vizepräsidenten übernimmt der Liberale Dr. Luidde. Schriftführer werden die Abgeordneten Gangsdorfer, Vogel, Schlieff und Körner. Die vorgeschlagenen Minister und das Präsidium des Rates wurden darauf einstimmig vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gewählt. Der Präsident verkündete dann, daß die Proklamation der Regierung und das genaue politische und soziale Programm bekanntgegeben würde. Stadt und Land werden eilig zusammengehen. Die Umwälzung ist vollzogen. Jeder, der die Neuordnung mißbrauche, plündere oder raube, werde strengstens bestraft. Alle bisherigen Beamten bleiben in ihrer Stellung.

Braunschweig Volksrepublik.

Abdankung des Herzogs Ernst August.

Braunschweig, 9. November.

Eine völlig unblutige Bewegung hat hier zur Abdankung des Herzogs geführt. Sie begann mit großen Massenansammlungen. Die Betriebe wurden eingestellt und die Garnison schloß sich sofort an. Unter ihrem Vorantritt zogen viele Tausende mit roten Fahnen vor das Residenzschloß, in dem sich der Herzog, die Herzogin sowie die Kinder des Prinzen Max von Baden befanden. Bewaffnete Matrosen drangen in das Schloß ein, holten die herzogliche Fahne herunter und hielten die rote Flagge. Bahnhöfe, Post und sämtliche Amtsgebäude wurden besetzt, die Gefangenen befreit.

Um 7 Uhr abends erschien eine Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates im Schloß und legte dem Herzog Ernst August ein Schriftstück vor des Inhalts, daß er für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichte. Nach kurzer Bedenkzeit unterzeichnete der Herzog. Das Schriftstück wurde von den Ministern gegengezeichnet. Er erhielt die Erlaubnis, noch einige Tage in Braunschweig zu bleiben und erhält dann freies Geleit nach Schloß Blankenburg.

Nach weiteren Meldungen vollzog sich die Umwälzung ohne jedes Blutvergießen. Nur in Wolfenbüttel kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwischen Artillerie und Braunschweiger Soldaten wurden scharfe Schüsse gewechselt.

Soldatenräte in Mecklenburg.

Bildung eines parlamentarischen Ministeriums.

Schwerin, 9. November.

Gestern begaben sich Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zum Staatsministerium, wo auch der Großherzog weilte, um ihre Forderungen vorzutragen.

Der Großherzog machte nach der Unterredung eine Entschliebung bekannt, wonach sofort eine parlamentarische Landesversammlung eingeführt und ein neues Ministerium aus Vertretern der mecklenburger Reichstagsabgeordneten der Linken gebildet werden soll.

Wie verlautet, sind für das neue Ministerium in Aussicht genommen die in Schwerin anwesenden Reichstagsabgeordneten Sivkovich und Dr. Wendorff, ein Vertreter der Mehrheitssozialisten aus Mecklenburg und zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Auch Württemberg Republik.

Berlin, 9. November.

Nach sehr bestimmt auftretenden Nachrichten sollen sich in Württemberg ähnliche Ereignisse wie in Bayern abgespielt haben. In den Mittagstunden hieß es hier, der König habe sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet. Nach anderen Nachrichten ist nur eine umfassende politische Neuordnung gefordert und sofort in Angriff genommen worden.

Die Umwälzung in Berlin.

Berlin, 9. November.

Nachdem morgens schon in einigen Stadtvierteln Umzüge von streikenden Arbeitern den Tag eingeleitet hatten, stieg die Aufregung gegen die Mittagstunden auf den höchsten Punkt. Um diese Zeit wurde die Abdankung des Kaisers bekannt. Vor dem Gebäude des „Vorwärts“, auf dem rote Fahnen flatterten, sammelten sich große Menschenmengen. Die noch arbeitenden Betriebe wurden von den Arbeitern verlassen, als folgendes Flugblatt mehr und mehr verbreitet wurde:

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Durch die Straßen jagten unaufföhrlich mit Soldaten besetzte Autos, die sich auf ihre Posten begaben. Die Volksmenge trug vielfach rote Flaggen. Ziemlich stürmisch ging es in Moabit zu, wo bereits übergangene Soldaten und bewaffnete Bürger in die Kasernen drangen, die darin befindlichen Soldaten herausholten und entwaffneten. Auch auf der Straße wurden alle einzelgehenden Militärpersonen angehalten, und entwaffnet. Die elektrischen Bahnen mußten nachmittags den Betrieb einstellen, da die Arbeit in den Betrieben ruhte und kein Strom mehr vorhanden. Bis zur vierten Nachmittagsstunde war von größeren Zusammenstößen oder Zwischenfällen nichts bekannt geworden.

Die Umwälzung in Dresden.

Die „Dresdner Volkszeitung“ schreibt unter dem 10. November:

Die rote Fahne über Dresden! Unerwartet wälzte sich gestern die revolutionäre Welle auch über Dresden. In den Abendstunden war auf dem Altmarkt wieder eine große Menschenmenge versammelt, darunter sehr viele Soldaten. Um 8 Uhr formierten sich nach Aufforderung einige Trupps Soldaten und zogen an der Spitze einer großen Menge durch die Schloßstraße nach der Brücke, Soldaten und Offiziere auffordernd, Waffen und Kokarden abzugeben. Auf der Neustädter Seite wurde die Wache aufgefordert, sich zu ergeben. Als dies nicht gleich geschah, wurden die Gitter überstiegen, worauf kein Widerstand mehr erfolgte. Die Wachmannschaft trat an die Spitze der Demonstrationen und nun zog die Menge mit Trommelwirbel nach dem Festungsgelände, wo die Tore gewaltsam geöffnet und Gefangene befreit wurden, aber keine Schwerverbrechen. In der Trainkaserne wurde die Wache aufgehoben und, nachdem der Widerstand der vorgeführten Offiziere gebrochen war, die Soldaten zum Verlassen der Kaserne und zum Mitgehen veranlaßt. So wie hier, spalteten sich die Besatzungen der übrigen Kasernen ab. Überall ließen sich die Soldaten befähigen, daß die Befehlshaber den Soldatenrat anerkennen. Die gewaltig angeschwollene Masse zog nach der Kommandantur in der Großen Klosterstraße, wo die Abordnung ohne weiteres Einlaß fand. Dort wurde nach längerem Verhandeln der provisorische Soldaten- und Arbeiterrat gebildet und folgende Erklärung beschlossen:

Die Leitung der Geschäfte der Garnison Dresden ist in die Hände des provisorischen Soldaten- und Arbeiterrates übergegangen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden arbeiten in ihrer bisherigen Zusammenfassung weiter unter der Leitung und Aufsicht des provisorischen Soldaten- und Arbeiterrates.

Dagegen verpflichtet sich der provisorische Soldaten- und Arbeiterrat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Ausschreitungen und Plünderungen, sowie jedes Vergehen gegen die öffentliche Ordnung zu verhindern. Das Privateigentum und die persönliche Freiheit wird unter allen Umständen gewahrt werden.

Im Interesse der baldigen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse hat sich der Hauptmann Thierig vom Stellvertretenden Generalkommando bereit erklärt, in den Soldaten- und Arbeiterrat einzutreten.

Die Richtigkeit unterstehender Unterschriften wird durch Abdruck des Dienststempels bescheinigt. (L. S.)

Thierig. Sergt. Paul Goldberg. Otto Knauß. Erich Helzig. Hans Lindner. Heinz Güter. Harby Lehmann. Gren. Kurt Dohenz. Otto Heck. Konrad Schaefer. Traugott Wöhbaum. Hermann Döhner. Gren. Paul Köhler. Uffz. F. Otto. Emil Fischer. Martin Hofmann.

Wolffs Telegraphen-Büro meldet am 11. Nov. früh:

Der Kaiser ist in Holland.

Berlin, 9. 11. (Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates.) Ebert ist mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt.

Erlaß des neuen Reichskanzlers Ebert.

Berlin, 9. 11. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Rundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mit unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Kernfamilien würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für die Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, verflucht sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straße, sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. 11. (Amtlich.)

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsass-Lothringen binnen 14 Tagen, was an Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben: 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufer; Mainz, Koblenz und Köln werden vom Feinde besetzt auf Radius von 30 km Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30-40 km Tiefe neutrale Zone. Räumung in 10 Tagen.
6. Auf linkem Rheinufergebiet ist nichts hinwegzuführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. sind intakt zu belassen.
7. Es sind 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenzen vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ost-Asien.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern und 6 Dreadnoughts. Die übrigen Schiffe werden entwaffnet und überwacht von den Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch den Kattegat. Wegräumung der Minenselder, Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus die Durchfahrt gehindert werden könnte.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängte Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. November. (Amtlich.) Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Neue Wittenote an Wilson.

Heute nacht ist folgende Note an Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Herr Staatssekretär!

Überzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gemandt, den Frieden wieder herzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Veröhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle.

Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortsetzung der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männer, Frauen und Kinder bedeuten.

Wir müßten die Bedingungen annehmen.

Wir machen aber den Präsidenten feierlichst und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Besinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
S o l f.

Der König von Sachsen abgesetzt!

Berlin, 10. 11. Dem 'Vorwärts' wird aus Dresden gemeldet: Der sächsische König ist abgesetzt. Der vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden erklärt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt ist: Der König ist seines Thrones entsetzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren. Die Erste Kammer ist aufgelöst. Auch die Zweite Kammer besteht nicht mehr. Die Staatsministerien, die im Einverständnis mit dem vereinigten A. und S.-Rat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofort Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen auszuschreiben.

Der Großherzog von Oldenburg abgesetzt!

Hamburg, 11. 11. Der A. und S.-Rat meldet folgenden Punktspruch aus Wilhelmshaven: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Die Aufstands-Bewegung.

Anzeichnung wichtiger Tagesereignisse.

3. 11. In Kiel findet ein Aufstand von Matrosen statt, in dessen Verlauf die politische Macht in die Hände der Aufständischen übergeht.
4. 11. Die Bewegung greift auf Lübeck und Hamburg über.
5. 11. Die Reichsregierung mahnt in einem Aufruf an das deutsche Volk zur Selbstdisziplin und Ordnung.
6. 11. Die Bewegung gewinnt in mehreren größeren Städten Norddeutschlands an Boden und greift auch auf München und Stuttgart über.
7. 11. In einer neuen Umgebung warnt der Reichskanzler vor weiteren Unruhen, da solche den Frieden gefährden könnten.
8. 11. Die sozialdemokratische Partei fordert in einem Ultimatum die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Deutschen Kronprinzen. Der Reichskanzler bietet seinen Rücktritt an. Rücktritt des preussischen Ministeriums.
9. 11. Die Bewegung gewinnt weiter an Boden und führt zur Gründung einer bayerischen Volksrepublik, zur Abdankung des Herzogs von Braunschweig und zu bedeutenden Verfassungsänderungen in Mecklenburg. Kaiser Wilhelm II. entsagt dem Throne. Zum Reichskanzler soll Abg. Ebert (Soz.) ernannt werden.

Der Krieg.

Fortdauer der Kämpfe.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 8. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Franzose, der sich nordöstlich von Cudenoarde erneut auf östlichem Schelde-Arser festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluss geworfen.

Zwischen der Schelde und der Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht plangemäß weitergeführt. Vor unseren neuen Linien entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Valenciennes-Rons, an der Sambre, nördlich von Avesnes und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Gegners. Der Feind stand am Abend östlich von Baval—nördlich von Avesnes—östlich von la Capelle—südwestlich von Virion—südlich von Signy—l'Abbaye, bei Boix Terron und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan.

Schlief der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Braubeville.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Der Heldennut der deutschen Frontkämpfer.

Mit übermenslichem Heldennut hatten die deutschen Heere die Westfront. Trotz seiner zahlenmäßigen Überlegenheit an Menschen und Material ist es dem Verband bis jetzt nicht gelungen, seine weitgesteckten Ziele zu erreichen. Immer wieder scheitern seine Pläne an der entschlossenen Hartnäckigkeit des deutschen Soldaten. Wenn auch die feindlichen Heeresleitungen gern von einem Nachlassen der Widerstandskraft der Deutschen reden, so können sie doch nicht die Stimmen aus der Welt schaffen, die von Verliererstaten und Teilnehmern der Kämpfe in der neutralen und feindlichen Presse erscheinen. So schreibt 'Echo de Paris': 'Es ist kein Grund vorhanden, zu verheimlichen, daß noch harte Kämpfe notwendig sind, bis der feindliche Widerstand vernichtet ist. Die Deutschen hängen sich an allen Fronten mit einer geradezu phantastischen Zähigkeit fest. Ihre Artillerie ist sehr wirksam und unsere Soldaten haben große Schwierigkeiten, vorwärts zu kommen.' 'Daily Chronicle' äußert: 'Die Deutschen leisten einen starken Widerstand. Um jedes Dorf, das den Unseren in die Hände fiel, mußte eine besondere Schlacht geschlagen werden. Es ist ein erbitterter, jäher Kampf, der Feind zeigt eine verbissene Zähigkeit.' Diese kleine Auswahl von Pressestimmen, die sich beliebig vermehren ließe, gibt als Grundton eine Stimmung wieder, der das Stenogramm 'Estrablade!' folgenden Ausdruck verleiht: 'Die harten Kämpfe an der Westfront beweisen, daß alle Gerüchte über die Auflösung im deutschen Heere falsch sind. Ein demokratisches Heer könnte einer ungeheuren Übermacht keinen so gewaltigen Widerstand entgegensetzen.'

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen immer bösser und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stappengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtswürdigen Verletzungen des Völkerrechtes ist energischer Protest eingelegt worden. Ferner ist die schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht, die Verhältnisse in den Sichtungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 10. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonsee—Leuze—St. Chislain—Mauveuge—Trelon und über die Sermonne, westlich von Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen und in der Ebene von Woivre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

Mitbürger! Haltet Ordnung und bewahrt Ruhe, das ist die erste Pflicht!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Aufruf des Reichskanzlers an die Deutschen im Ausland spricht die Bitte aus, nicht am deutschen Volke zu verzweifeln. Unsere Soldaten, heißt es weiter, haben bis zuletzt so heldenhaft gekämpft, wie nur je ein Heer gekämpft hat. Die Heimat hat eine unerhörte Kraft des Leidens und des Ausdauerns bewiesen. Im fünften Jahre von seinen Bundesgenossen verlassen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die wachsende Übermacht nicht mehr weiterführen. Der Sieg, auf den viele hofften, ist nicht unser geworden, aber einen größeren Sieg hat das deutsche Volk erfochten, denn es hat sich selbst und seinen Glauben an das Recht der Macht besiegelt. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kräfte schöpfen, auf die auch ihr bauen könnt. Der Aufruf vertritt zum Schluß die angelegentlichsten Forderungen der Reichsregierung und des deutschen Volkes auch für die Brüder im Ausland.

Die wegen bolschewistischer Umtriebe aus Berlin ausgewiesene russische Botschaft soll sich noch in Wink befinden, da die russische Regierung den deutschen Missionen in Russland noch nicht die Ausreisefreilassung gegeben hat. Solange soll Herr Toffe mit seiner Umgebung in Wink bleiben. In den beschlagnahmten Listen des russischen Kuriers befanden sich Flugblätter, die auf ein enges Zusammenarbeiten der russischen Botschaft mit unfürzlerischen Gruppen in Deutschland hinweisen. So waren derartige Flugblätter in Solingen, Duisburg, Köln, Stuttgart, Düsseldorf und Berlin aufgetaucht. — Wie aus London gemeldet wird, betrachten die Alliierten es als ihre dringlichste Aufgabe, Russland vom Bolschewismus zu befreien, weil sonst die Gefahr besteht, daß die staatsverachtenden Ideen der Umstürzler sich wie eine Epidemie über ganz Europa ausbreiten.

Im Reichswirtschaftsamt fand eine Konferenz leitender Unternehmer und Gewerkschaftsführer statt. Es wurde beschlossen, die Demobilisierung einer besonderen Demobilisierungsfürsorge anzuvertrauen, die in enger Verbindung mit Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt stehen und bürokratische Vollmachten haben soll. Sie soll einem eigenen Staatssekretär unterstellt werden.

Die Verordnung des Bundesrats über die Bildung von Wohnungsverbänden gibt den Gemeinden, Gausbezirken und Gemeindeverbänden das Recht, sich zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels mit staatlicher Genehmigung zu Wohnungsverbänden zusammenzuschließen. Die Landeszentralbehörde kann den Zusammenschluß anordnen. Die Verordnung soll spätestens bis 31. März 1919 Geltung haben. In erster Linie ist die Verordnung auf Berlin zugeschnitten, wo mehrere Monate lange Verhandlungen über freiwilligen Zusammenschluß scheiterten. Aber auch für andere Gegenden des Reiches kann sich ein derartiger Zusammenschluß als notwendig erweisen.

Vertretern der Gewerkschaften und anderer Interessengruppen erklärte Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt, die dringlichsten Fragen seien in nächster Zeit die mit dem Kriege und der Übergangswirtschaft im Zusammenhang stehenden. Vor allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung des Arbeitsnachweises sein Interesse zuwenden, ferner soll eine gesetzliche Grundlage für die durch militärische Anordnung errichteten Zentralauskunftstellen und für eine allgemeine gemeinnützige Berufsberatung und Vorkursvermittlung geschaffen werden. Die Erwerbsloosfürsorge während der Übergangszeit soll durch eine bereits im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Bundesratsverordnung geregelt werden, welche die Gemeinden zu einer ausreichenden Fürsorge verpflichtet.

Ungarn.

Die neue Regierung beabsichtigt in der allernächsten Zeit sich mit der neuen Landesregierung zu beschäftigen. In einer Rundgebung des Ackerbauministers werden die Soldaten, die Landarbeiter sind und keinen Boden oder weniger als zehn Joch besitzen, aufgefordert, sich bei den Gemeindevorständen einschreiben zu lassen. Die Bedingungen für Bodenwerb werden von dem neuen Reichstag festgestellt werden. Die Kaufpreise werden mäßig und in langer Frist tilgbar sein. Vom Bodenwerb ausgeschlossen sind diejenigen, die Kauf und Blünderung oder Werd verüben.

Frankreich.

Die französischen Sozialisten erklären sich einmütig gegen einen Gewaltfrieden. Die Presse verlangt immer energischer die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz und starke Einflüsse auf die Gestaltung des Friedens. Mehrere Organe erklären, daß sich die Sozialisten entschieden gegen Friedensverhandlungen erklären müßten, die auf eine Bergewaltigung des Gegners hinauslaufen. In Paris hat eine starke Bewegung gegen die Kriegshetze eingesetzt.

Was sollen wir tun? In diesen ersten Stunden, da mancher ratlos den sich überstürzenden Ereignissen gegenübersteht, hört man häufig die bange Frage: Was sollen wir tun! Ja, was sollen wir tun, da durch die Lande eine Bewegung zieht, deren Geist vielen von uns weisensfremd und deren Entwicklung und Ausgang nicht abzusehen ist. Was sollen wir tun, da alte liebgewordene, durch die Überlieferung heilig gewordene Tafeln brechen und über Nacht gleichsam eine neue Ordnung der Dinge uns in ihre eigene Pflicht nimmt? Da hilft es nichts, daß wir aufgeben, oder uns der Entwicklung erbittert entgegenwerfen wollen — die Geschichte vollendet nach unerforschlichen Gesetzen ihren Lauf. Es nützt auch nichts, wenn wir nun den Lauf der Dinge zu hemmen oder zu beschleunigen suchen, die Hände in den Schoß legen und tatenlos abseits stehen. Die neue Zeit des neuen Deutschland, die der Krieg herausgeführt hat, verlangt unsere ganze Kraft und treueste Pflichterfüllung. Und wenn wir dessen eingedenk sind, so ergibt sich die Antwort auf die bange Rätselfrage dieser Tage von selbst. Was sollen wir tun? Arbeiten, nicht verzweifeln. Wenn je das Vaterland jeden Arm und jede Hand für den Dienst an seinem heiligen Boden und an seiner Wohlfahrt brauchte, so jetzt, wo wir aus verlorenem Krieg das Heimatland durch schwerste Stürme in die Zeit des Friedens, des Neubaus, der Wiederherstellung überführen sollen. Das Gebot der Stunde heißt also: nicht verzagen, sondern arbeiten, damit aus den grauen Novembertagen leuchtend die helle Zukunft des Reiches aufsteige, in dem unsere Kinder frei und glücklich leben.

Letzte Nachrichten.

Wolffs Telegraphen-Büro meldet am 11. Nov. 1918. Berlin, 10.11. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: In Maasricht sind in Automobilen der frühere Kaiser, die Kaiserin und der Kronprinz eingetroffen und erwarten dort die Entscheidung der holländischen Regierung über ihre Zulassung in Holland. Köln aRh. 10.11. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Generalfeldmarschall von Hindenburg und Generalquartiermeister Groener haben den Kölner A. und S.-Rat bitten lassen, eine Berichtigung zu wichtiger Beratung sofort ins Große Hauptquartier zu senden. Es sind am Montag früh abgereist aus dem Kölner A. und S.-Rat Fuchs, Schulte und Sölmann. Wie der Kölner A. und S.-Rat zuverlässig erfährt, hat Hindenburg in einem Telegramm an die neue Regierung sich mit der Armee zu ihrer Verfügung gestellt, um ein Chaos zu vermeiden.

Berlin, 10.11. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Die französische sozialistische Partei veröffentlicht in der Dumanité ein Manifest, in dem u. a. verlangt wird: Aufhebung des Be-

lagerungsstandes unmittelbar nach Abschluss des Waffenstillstandes, Annahme der Wahlreform, Neuwahlen, Amnestie, besonders für militärische Vergehen, Anwesenheit von Delegierten der Arbeiter auf der Friedenskonferenz und gleichzeitige Tagung des internationalen Sozialisten-Kongresses.

Berlin, 10.11. Der A. und S.-Rat teilt mit: Der Staatsminister Friedberg meldet aus dem Großen Hauptquartier, daß bis jetzt nur die Abschiedsgelände des Ministers des Innern, des Landwirtschaftsministers und des Finanzministers vorliegen.

Der Waffenstillstand von den Alliierten gegengezeichnet.

Amsterdam. Das niederländische Pressebüro Radio hat einen drahtlosen Bericht aus Paris aufgefunden, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt. Folgt schickte folgendes Radiotelegramm:

an die Oberkommandierenden: Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. 11. 11 Uhr vormittags nach französischer Zeit eingestellt. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintritt, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht überschreiten.

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Lichtenhain.

Mittwoch, den 13. November, Kriegsbettstunde in Mitteltdorf.

Katholische Kirche Königstein, Bielatalstraße.

Donnerstag früh 7 Uhr Schulgottesdienst.

Schandau, Marktstraße 37, II.

Jeden Mittwoch (in Schulwochen) 1/25-5 nachm. kostenlos kath. Religionsunterricht, 5-6 nachmittags kostenlos Sprechstunde in allen Gemeinde- und Familienangelegenheiten.

Allgem. Deutsche Credit-Anstalt.

Hauptgeschäft: Leipzig.

Aktienkapital 120 Millionen und Reserven 55 Millionen Mark. Vom Königl. Sächs. Ministerium der Justiz zur Annahme von Mündelgeldern im Falle des § 1808 des B. G. B. ermächtigt.

Eröffnung provisionsfreier Scheckkonten zur Förderung des im nationalen Interesse erwünschten bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Zweigstelle Pirna.

Geschäftsstunden: Wochentags 9-12 Uhr, nachm. 2-1/2 Uhr. Sonnabends ununterbr. 9-1/2 Uhr.

Für sofort wird für
Proffen
eine gewissenhafte, ordentliche
Frau od. gröh. Mädchen als
Zeitungsträgerin

gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

Hausarbeiter
für besseren Vergeltmeinnicht
sofort gesucht.

Anton Nadler, Sebnitz, Sa.

2 Frauen
zum Umgraben
gesucht.

Wolff, Gutsbesitzer,
Rathmannsdorf.

Gesucht für sofort

1 Geschirrführer,
mit Holzfuhrwerk vertraut.

1 Kastenwagen
mit Rungen, für leichte Lasten.

Friedrich Hasse,
Schandau.

Sägelspäne

hat abzugeben
Dampfzägewerk Köttelwitz.

Ein guterhaltener, gebrauchter, kleiner
Kinderportklappwagen

und ein guterhaltener
Kinderstühlchen

sofort zu kaufen gesucht.

Off. erb. u. Nr. 2 a. d. Grueb. d. Bl

Verkaufe
2 gr. Aufbaumbetten, 1 Damenschreibtisch, 1 photogr. Apparat 12x16, 1 Siffah, große Zinkwanne, 1 blaues Taffetkleid, 1 Zylinder, 2 w. gest. Röcke.

Abtlg. Krippen 3b.

Suche Beteiligung
an rentablem Unternehmen. Höhe der Einlage und Reingewinn. Angebote unter P. N. 062 Invalidentank Dresden.

Bäckerei
zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Brandl., Hyp., Gröhe usw. P. N. 071 Invalidentank Dresden.

Schmiede oder Schlosserei
zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Brandl., Rentabilität, Gröhe, Ang. u. P. D. 066 Invalidentank Dresden.

Hegenbarths Säle

Mittwoch, 13. November, abends 8 Uhr:
Heiterer magischer Abend : Gastspiel.

Hofkünstler

Abdul Minx - Murey und Zobaida,

weltberühmte Mystiker und Fakire
mit einem unerledichten Sensations-Programm.

Gehemnisvolle, unerklärliche Demonstrationen aus der 4. Dimension.

Magie, Illusion, Telepathie, indische Fakir-Wunder.

Murey, d. sensationelle, amüsante Hegenmeister!

Ein Typ, eine Note, eine Klasse für sich!

Helia? Das telepathische Karten-Medium?

Helia deutet alles: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft.

Die Teufels-Granate?

Unerklärliche spiritistische Sensation.

Minx, der phänomenale Gedankenleser?

Ein seltsamer Mensch, ein interessanter Künstler.

Der Mann mit der eisernen Zunge?

Das große medizinische Rätsel ohne Konkurrenz!

Preise der Plätze: Sperrsitze (nummeriert) 1,75 Mk., 1. Platz 1,25 Mk., 2. Platz 80 Pfg., an der Abendkasse 25 Pfg. Aufschlag. Vorverk. b. C. G. Schönherr.

Achtung! Nachmittags 4 Uhr Achtung!

Große Familien-Kindervorstellung.

Preise für Kinder: 30, 50, 75 Pfennige.

Abend-Vorstellung nur für Erwachsene.

Gastwirtschaft-, Kaffee-, Hotelpachtung

gesucht. Erb. Besch. ab. Rentabilität, Bachstamme. Angeb. u. P. N. 060 Invalidentank Dresden.

Landgrundstück

m. Loden, Gastwirtschaft, Feld zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Brandl., Hyp., Gröhe, Vieht., Amt., Reingew., Bedingung Ansicht. Ang. u. P. N. 064 Invalidentank Dresden.

Landwirtschaft

zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Hyp., Brandl., Gröhe, Vieht., Amt., Reingew. u. P. N. 068 Invalidentank Dresden.

Speditions-, Fourage-, Kohlen-Geschäft

ev. m. Nebenbranche, zu kauf. gef. Benötigte Preis, Ang., Hyp., Brandl., Rentabilität. Ang. u. P. N. 070 Invalidentank Dresden.

Fleischerei

zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Brandl., Hyp., Ang. u. P. N. 072 Invalidentank Dresden.

Mühle

zu kaufen gesucht. Angaben über Preis, Ang., Hyp., Brandl., Gröhe usw. erbeten. Angeb. u. P. N. 061 Invalidentank Dresden.

Besuchskarten werden schnell angefertigt. Sächs. Elbz.

Gasthof

zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Brandl., Amt., Reingew., Hyp., Arealgröße, Ansicht Bedingung. Angeb. u. P. N. 063 Invalidentank Dresden.

Ziegelei oder Sägewerk

zu kaufen gesucht. Erb. Besch. ab. Preis, Ang., Brandl., Rentabilität, Gröhe, Ang. u. P. D. 066 Invalidentank Dresden.

Kolonialwarengeschäft

ev. mit Nebenbranche zu kaufen gesucht. Angeb. u. P. N. 067 Invalidentank Dresden.

Fabrik

zu kaufen gesucht. Preis, Ang., Hyp., Rentabilität, Branche erbeten. Angeb. u. P. N. 069 Invalidentank Dresden.

Durch Fernsprecher

werden Anzeigen nur in Ausnahmefällen angenommen. Für Fehler, die durch falsches Verstehen etc. gebracht werden, übernehmen wir keinerlei Verantwortung.

Geschäftl. d. Sächs. Elbzeitung

2. Etage
ist zu vermieten und 1. April 1919 zu beziehen bei

Max Eifoldt.

Ein treues Herz hat aufgehört zu schlagen.

Zurückgekehrt von der Ruhesätte meines allzufrüh dahingeshiedenen, unvergesslichen, lieben Gatten, Vaters, Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders und Schwagers, drängt es uns, Verwandten und Bekannten für den schönen Blumenschmuck, die Geschenke und das Geseit zur letzten Ruhesätte allen unsern

herzlichsten Dank

auszusprechen. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Hesselbarth für seine trostreichen Worte am Grabe.

Ihr aber, lieber Wilsy, ruhen wir noch ein „Ruhe sanft“ und „Habe Dank“ in Dein viel zu frühes Grab nach.

Rathmannsdorf und Ehrenberg, den 11. Nov. 1918.

Die tieftrauernde Gattin **Martha Tharand geb. Samisch**
nebst Kindern, Eltern und Schwiegereltern.

Ich soll Dich schon so früh beweinen?
Ach diese Prüfung ist zu schwer.
Es sind die schönsten Lebensstunden
hinterüberflücht nun dahingeshwunden.
Um mich ist's dd, um mich ist's leer.
Meine Kinder haben keinen Vater mehr.
Dir der Liebe, uns der Schmerz.

Hiermit die tieftrauernde Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere treusorgende Mutter und Großmutter, Frau

Wilhelmine Hohfeld

geb. Priescher

im Alter von 58 Jahren nach kurzem Krankenlager sanft verschieden ist.

Ratendorf, 8. November 1918.

Der tiefbetrübte Gatte nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Herzlicher Dank.

Von heimtückischer Krankheit befallen, starb uns im Krankenhaus zu Dresden unser lieber, treusorgender Vater und Schwiegervater,

Herr **Steuermann**

Heinrich Otto Focke.

Für die Beweise liebevoller Teilnahme durch Wort, Schrift und Blumenschmuck, insonderheit der Würdigung seiner Dienstbehörde bei seiner Bestattung erbiten hierdurch herzlichsten Dank

Reinhardtisdorf und Krippen, am 8. November 1918

in tiefster Trauer

seine lieben Kinder

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich vom Heeresdienst entlassen bin.

A. Rokyta,

staatlich geprüfter Viehschneider,
Langbuckersdorf b. Neustadt, Sa.

Bekanntmachung.

Meine werte Kundschaft wird hierdurch höflichst gebeten, die

Aufbewahrungs-Gegenstände recht bald abzuholen.

Hochachtungsvoll **Gustav Schnabel.**

Hauslämmer,

prima erstklassige Tiere, 60-100 Pfund schwer, versenden täglich unter Garantie lebender Ankunft!

Gebrüder Mochel, Viehhandlung, Rodewisch.
Telephon Amt Auerbach i. B. Nr. 533.

NB. Wertigen Bestellungen bitten wir Ankaufsbekundigungen beizulegen.

An unsere Leser! Trohden die in den nachfolgenden Artikeln behandelten Zeitereignisse zum Teil durch die Beschreibungen überholt sind, halten wir es nicht für falsch, dieselben unseren Lesern zu bieten, da viele der letzteren nicht in der Lage sind, tägliche Zeitungen zu halten. Außerdem ist es der Vollkommenheit wegen notwendig, die vorherigen Ereignisse zu wissen, wenn man die aus neuester Zeit verstehen will.

Die Schriftleitung.

Die Kaiserfrage.

Abdankung des Kaisers? Ausrufung der Republik in München. Der Reichskanzler stimmt den sozialdemokratischen Forderungen zu. Rücktritt des preussischen Ministeriums.

Berlin, 8. November.

In der Mittagsstunde war im Reichstag die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser bereits abgedankt habe.

Eine Nachricht, ob auch der Kronprinz den Thronverzicht ausgesprochen habe, lag nicht vor. Von anderer Seite heißt es dagegen, daß der Monarch noch keinen Entschluß fündgegeben habe.

Abdankung König Ludwigs von Bayern.

Berlin, 8. November.

In München haben nach zuverlässigen Nachrichten sozialistische Kreise die Oberhand. Heute vormittag wurde in Berlin mit größter Bestimmtheit das Gerücht verbreitet, daß König Ludwig von Bayern zurückgetreten sei. Sicher scheint zu sein, daß in München die Republik ausgerufen ist. Ähnliches verlautet aus anderen bayerischen Städten.

Wenn diese Nachrichten zutreffen, so hätte die politische Bewegung, die in Nordwestdeutschland aufgeflammt ist, nunmehr auch den Süden des Reiches ergriffen.

Eine letzte Frist.

Berlin, 8. November.

In Reichstagskreisen verlautete, daß mit Rücksicht auf die notwendigen Beschlässe der anderen Parteien, die in dem sozialdemokratischen Ultimatum dem Reichskanzler gestellte Frist, die heute mittag ablaufen sollte, noch um einige Stunden verlängert werden soll.

Es ist selbstverständlich, daß auch die anderen Parteien Gelegenheit zu eingehender Beratung des sozialdemokratischen Ultimatus haben müssen, ganz abgesehen davon, daß man die Bestätigung des Gerüchts von der Abdankung abwarten will. Lebt die Mehrheit der Regierungsvorleiter das Ultimatum, dessen wichtigster Punkt die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen ist, ab, so muß die gesamte Regierung zurücktreten, falls die Sozialdemokraten auscheiden. Die Folgen wären unübersehbar, denn wie die Dinge einmal liegen, ist heute an eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie nicht zu denken.

Zustimmung des Reichskanzlers?

Berlin, 8. November.

In parlamentarischen Kreisen verlautete, daß Reichskanzler Prinz Max von Baden die ihm von den Vertretern der Sozialdemokratie, Ebert und Scheidemann, übermittelten Forderungen angenommen und für ihre Durchsetzung einzutreten zugesagt habe. Es heißt, der Kanzler habe seinen Rücktritt angeboten und sein Weibchen und Wehen von der Abdankung des Kaisers abhängig gemacht.

Die in Verbindung damit verbreitete Meldung, der Kanzler habe sich ins Große Hauptquartier begeben, trifft nicht zu. In den Nachmittagsstunden des heutigen Tages hatte Prinz Max von Baden in seiner Amtswohnung noch wichtige Besprechungen. Die Forderungen der Sozialdemokratie, denen der Reichskanzler zugestimmt haben soll, verlangen, daß

- 1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden.
2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden.
3. die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird.
4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird.
5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag bewirkt werden.
Das Ultimatum wurde am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr überreicht. Es ist also erklärlich, wenn die Parteien und vielleicht auch der Kanzler eine Verlängerung der Frist erwirken mußten. Handelt es sich doch um die schwerwiegendste Entscheidung, die jemals deutsche Männer zu treffen hatten.

Rücktritt des preussischen Ministeriums.

Die Parlamentarisierung in Preußen.

Berlin, 8. November.

Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Friedberg eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt, in der die Parlamentarisierung in Preußen besprochen und in Verbindung damit der Rücktritt des Gesamtministeriums beschlossen wurde.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Friedberg parlamentarischer Ministerpräsident werden. Natürlich sollen auch Sozialdemokraten in die neue Regierung eintreten. Zugleich sind die Mehrheitsparteien bestrebt, die Wahlrechtsreform in Preußen so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Reichsgerichtliche Regelung des Wahlrechts!

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Reichstagsitzung folgenden Initiativantrag einzubringen:

„Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geschlechtlichen und unmittelbaren Wahlrecht, nach den Grundgesetzen der Verhältnismäßigkeit statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit geht nicht dadurch verloren,

daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.“

Damit wird das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen durch Reichsgesetz in allen Bundesstaaten eingeführt. Die preussische Wahlreform ist somit erledigt. Es handelt sich nur noch um Maßnahmen, die das Verhältniswahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise regeln.

Erhöhung der Brotzation.

Berlin, 8. November.

Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotzation erhöht werden. Andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür wie überhaupt für die Weiterverföhrung der Bevölkerung ist unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verhindert die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und die Industriebezirke mit unlagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamtes.

Einstellung des Berliner Fernverkehrs.

Eisenbahn, Telegraph und Post nach außerhalb gesperrt.

Berlin, 8. November.

Der Eisenbahnverkehr von und nach Berlin ist heute früh gänzlich eingestellt. Nur die Stadt- und Vorortbahn ist in Betrieb. Der Güterverkehr wird vorläufig in beschränktem Umfang aufrechterhalten.

Der letzte Zug aus dem Westen ist heute vormittag hier angekommen. Seit heute nacht ist auch der Fernsprechverkehr nach außerhalb eingestellt worden. Ebenso der Telegraphenbetrieb. Der Briefpostverkehr soll nach Möglichkeit aufrechterhalten werden. Man wird versuchen, die Postfäden mit den Güterzügen zu befördern. Der postalische Verkehr der Zeitungen nach auswärts wird nach Möglichkeit erfolgen. Auch hierzu sollen die Güterzüge benutzt werden.

Ruhe in der Reichshauptstadt.

Berlin zeigt heute das gewohnte Straßenbild. Nur in der Umgebung der Fernbahnhöfe fehlt das rege Treiben, das sonst den Fremden auffällt. In sämtlichen Fabriken wird wie sonst gearbeitet, die Geschäfte sind wie immer geöffnet. Nichts weist darauf hin, daß außerordentliche Dinge im Werden sind und daß die Reichshauptstadt zum ersten Male in ihrer abwechslungsreichen Geschichte vom Reiche völlig abgeschnitten ist.

Die Bewegung im Reiche.

Amlich wird über die Lage im Reiche, besonders über die Bewegung in den Seestädten, folgendes mitgeteilt:

In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialisten, der vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war, und von einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufforderten. Der Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Öffnung auch der Zivilgefängnisse an. In den großen Werken ist alles ruhig. Auf den Straßen herrscht Ordnung, Zwischenfälle sind bisher nicht gemeldet.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß Zentralbureau des Arbeiter- und Soldatenrates teils folgendes mitteilt: Sämtliche Amtsgebäude und militärischen Gebäude sind besetzt, die Nahrungsmagazine werden bewacht, Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Die Leitung der Bewegung erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach vorliegenden Nachrichten ist dies indes nicht gelungen, es hat Ausschreitungen gegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Waffen der Aufständischen gewaltsam gezwungen, ihnen Gefolgschaft zu leisten. In mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen.

Das Hamburger Echo, das jetzt als Organ der Aufständischen unter dem Titel Die rote Fahne erscheint, veröffentlicht folgende Bekanntmachungen an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas: Alle Zivilpersonen müssen von heute, 7. November, ab um 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.

In Cuxhaven ist es zu keinen ernstern Unruhen oder Ausschreitungen gekommen.

Die Vorgänge in Kiel.

Forderungen der Arbeiter und Soldaten. Die Kieler Neuesten Nachrichten vom Donnerstag veröffentlichen die von dem Soldatenrat gestellten und vom Gouvernement angenommenen vierzehn Punkte:

- 1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politisch Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehörigen Truppen.
9. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.
12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, hearüben

wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Verforgung den Dienst zu quittieren.

13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.

14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen. Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Eine Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrates verzeichnet die Tatsache, daß die politische Macht nunmehr unbestritten in die Hände der Soldaten gelangt sei. Sie mahnt zu strikter Aufrechterhaltung der Ordnung und spielt in dem Schluß, daß die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats in der Besprechung mit dem Generalgouvernement im Beisein des Abgeordneten Noke und des Staatssekretärs Dauthmann bereits Erfolg erzielt. Es wurde folgendes Abkommen erreicht: Dauthmann nimmt unsere Forderungen an und verpflichtet beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen. Hinwirkung zum Einlaufen der Flotte. Unter Mitwirkung des Arbeiterrats werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten, zu entscheiden.

Auflösung der k. u. k. Armee.

Plündernde und mordende Truppen.

München, 8. November.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee gestaltet sich zu einer wahren Tragödie, die alles in den Schatten stellt, was sich selbst in den schlimmsten Tagen in Russland ereignete. Alle Bande der Ordnung und Disziplin lösen sich. Die Offiziere sind machtlos und müssen vielfach froh sein, wenn sie das nackte Leben retten. Ganze Bataillone und Regimenter laufen einfach auseinander, wobei die Leute die Militärmagazine plündern und den Raub teils mitschleppen, teils zu Spottpreisen an den Böbel verkaufen. Die Vielsprachigkeit des nationalen Babels trägt dazu bei, den Wirrwarr noch zu verstärken. Die fünf oder sechs unabhängigen Staaten, in die die ehemalige habsburgische Monarchie zerfallen ist, rufen jeder auf eigene Faust ihre Truppen hierhin und dorthin, so daß jeder planmäßige Abtransport und jede ordnungsmäßige Demobilisierung unmöglich ist. Am rücksichtslosesten geht dabei der neue ungarische Revolutionskriegsminister Lindner vor, der den ungarischen Truppen einfach befohlen hat, auf dem Fleck, wo sie stehen, die Waffen niederzulegen, auch wenn sie im Verbands von Truppen anderer Nationalitäten kämpfen - also die glatte Aufforderung, die Waffengefährten in Stich zu lassen - und auf dem kürzesten Weg nach Ungarn zurückzukehren. Da nur die wenigsten Truppen mit der Bahn befördert werden können, versuchen viele Truppenkörper, sich zu Fuß nach der Heimat durchzuschlagen, wobei ihr gewalttames Requirieren in

Plündern, Streit, Raufereien und Mord

unter den Truppen übergeht. Besonders arg wird von dieser Landplage schon jetzt ein Teil von Tirol bedroht. Wenn sich die heimgesuchten Städte und Ortschaften zur Wehr setzen, ist man mitten im Bürgerkrieg. Dazu kommt, daß die großen Gefangenenlager, in denen Hunderttausende feindlicher Kriegsgefangener interniert sind, teilweise von ihren Wachkommandos verlassen sind, so daß die Kriegsgefangenen ausbrechen konnten, und da sie ohne Lebensmittel sind, marodierend das Land durchziehen. Sogar in Budapest und Wien, aber auch in Salzburg und anderen Städten rief die Kunde von den brennenden und sengenden Kriegsgefangenenhorde Panik hervor. In Budapest, Agram und Fiume haben sich kroatische und ungarische Truppen

regelrechte Schlachten

geliefert. Dazu kommen innerhalb Kroatiens greuliche Schandtatzen bewaffneter Desertirerbanden, die sogenannten „grünen Kadets“, die Eisenbahzüge überfallen, die Reisenden bis aufs Demd ausplündern und Städte und Dörfer heimsuchen. Die „grünen Kadets“ haben auch bereits einzelne Streifzüge nach Ungarn und Steiermark unternommen. Auch zwischen Polen und Ukrainern ist bereits der Krieg ausgebrochen, und in den Straßen von Lemberg liefern sich ukrainische und polnische Regimenter der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee und heiderseitigen Legionäre erbitterte und blutige Kämpfe. Endlich ist es bei Kuttenberg auch schon zum Kampf zwischen ungarischen Truppen und tschechischen Sokos gekommen, wobei auf beiden Seiten nicht nur Maschinengewehre, sondern sogar Geschütze in den Kampf eingegriffen haben. Auf dem Wiener Ostbahnhof ist es zu einer großen Schlägerei zwischen ungarischen Soldaten und solchen anderer Nationalitäten gekommen. Auf dem Frachtbahnhof des Wiener Nordbahnhofs haben kroatische Marodeure mit russischen Kriegsgefangenen unter Hilfe des hauptstädtischen Böbels Güterzüge ausgeplündert. Ein Teil der städtischen Lagerhäuser mit Vorräten wurde in Brand gesteckt. Ferner ist überall die Bildung von Soldatenräten im Gange, die natürlich auch keinen Rat wissen gegen die überall ausgebrochene schreckliche Hungersnot.

Die k. und k. Regierung will nicht abdanken.

Der deutsch-österreichische Staatsrat hat an die immer noch antierende k. und k. Regierung das Verlangen gestellt, daß ihm alle Eingänge und Aktenstücke vorgelegt werden, die bei der ehemaligen k. und k. Regierung einlaufen. Es kam eine Einigung zustande, doch erklärte die k. und k. Regierung, sie habe nach wie vor Anspruch auf die gemeinsame Vertretung aller Landesteile. - Dem Außenstehenden wird es immer ungreiflich bleiben, welche Funktionen diese k. und k. Regierung, die Kaiser Karl ohne Land einberufen hat, eigentlich ausübt, da doch die einzelnen Teile der Monarchie ihre eigenen Regierungen haben.

Deutsch-Böhmen unterwirft sich nicht.

In der ersten Sitzung des Landtages von Deutsch-Böhmen, der in Reichenberg zusammengetreten ist, erklärte der Stellvertreter des Landeshauptmanns, die deutsch-böhmischen Abgeordneten würden ihr Recht gegenüber den tschechischen Ansprüchen unter allen Umständen durchsetzen, wenn es sein muß, mit Gewalt. Er richtete einen Appell

an die Deutsch-Böhmen, die Kampfkraft der Abgeordneten durch Einigkeit und Entschlossenheit zu stärken.

Der Einmarsch der deutschen Truppen.

Allen Anschein nach wird sich ganz Nordtirol den eingerückten bayerischen Truppen anschließen. Der deutsch-österreichische Nationalrat beschloß, gegen den Einmarsch bayerischer Truppen in Salzburg und Tirol keinen Einspruch zu erheben. Während die Bayern durch Befehle der Städte Innsbruck, Kufstein, Gastein die Tiroler Grenze sichern, sind sächsische Truppen zum Schutz der sächsisch-böhmischen Grenze in Eger eingezogen. Natürlich hat der tschechische Nationalrat feierlich Protest erhoben, was aber den sächsischen Befehlshaber nicht hinderte, die vorgeschriebenen Maßnahmen zur Sicherung der Grenze zu treffen.

Das Ende der österreichisch-ungarischen Flotte.

Die frühere österreichisch-ungarische Schlachtklasse hat aufgehört zu existieren. Die wertvollsten Schlachtschiffe ruhen auf dem Grunde des Meeres. Aus Laibach zurückgekehrte österreichische Marineoffiziere erzählen, daß die Südlawen, denen die Kriegsklasse auf kaiserliche Anordnung überantwortet worden war, in Pola die größten Schlachtschiffe, deren Baukosten bis zu 72 Millionen Kronen betragen, durch Sprengung versenkt haben, um sie nicht in die Hände der Italiener fallen zu lassen.

Die Reichsdeutschen bleiben in Ungarn.

Der Budapest deutsche Generalkonsul Graf Fürstenberg suchte den Ministerpräsidenten Karolyi auf, um ihm mitzuteilen, daß Deutschland die Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen weiter einhalten wolle. Es seien bereits große Kohlenlieferungen unterwegs. Der Budapest Verein der Reichsdeutschen verhandelte die Frage über die Maßnahmen für den zu erwartenden Einmarsch der Entente-Truppen in Ungarn. Es wurde der Plan erwogen, nach Deutschland zurückzukehren. Da es aber in der letzten Zeit vorgekommen ist, daß in Österreich auf deutsche Urlaubserträge geschossen wurde, ließ man indes den Plan fallen und beschloß, sich unter den Schutz des Nationalrates zu stellen, in der Hoffnung, daß die Entente im Falle einer Befreiung Ungarns von der Internierung der Reichsdeutschen absehen werden, da hier während des Krieges auch die Angehörigen der Entente-Staaten nicht interniert worden seien.

Verschiedene Meldungen.

Wien, 8. Nov. Alle Meldungen über Vorbereitungen zu einem Aufenthalt des Kaiserpaars in der Schweiz sind erloschen.

Wien, 8. Nov. Auf dem Schlosse des Grafen Czernin wurde im Auftrag der Prager Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden wichtige Akten beschlagnahmt.

Wien, 8. Nov. Der deutsch-österreichische Staatsrat erteilte gestern eine Demobilisierungsbefehl, wonach alle deutsch-österreichischen Soldaten über 42 Jahre sofort zu entlassen sind, alle Entlassungen und mit Urlaubsscheinen Beurlaubten nicht mehr einzurufen brauchen.

Budapest, 8. Nov. Die serbischen Truppen sind in Szarajewo eingerückt.

Berlin, 8. Nov. W. A. Lewicki ist als Vertreter des österreichisch-ungarischen Staates hier eingetroffen.

Ruhe und Besonnenheit!

□ Ruhe ist die erste Bürgerpflicht: Wenn dieses Wort jemals eine Berechtigung und einen tieferen Sinn hat, so ist es in diesen Tagen der Fall, wo nicht nur die tollsten Gerichte Stadt und Land durchschwärmen, sondern wo auch die Mut der Ereignisse selbst den Kältesten in ihre Wirren zu reißen droht. Und dennoch, wenn wir auch dem Zusammenbruch unserer völkischen Hoffnungen, wenn wir aus dem harten Frieden wenigstens die Unverletzlichkeit der Zukunft auf eine hellere Zukunft retten wollen, so kann es nur geschehen, wenn wir in dem rasenden Laufen des weltgeschichtlichen Geschehens, das jetzt jeden einzelnen in seinen Bannkreis zieht, die Nerven bewahren. Nur noch einige Wochen, ja, vielleicht nur noch wenige Tage! Wehe uns, wenn wir durch vorzeitige Worte, durch unkluges Reden Leidenschaften entfesseln, die vielleicht in unserer nächsten Umgebung schlummern. Wehe uns, wenn wir in einem Gefühl angenehmen Gruselns mit der Möglichkeit von Ereignissen spielen, deren entsetzliche Wirklichkeit uns Verderben gestürzt hat und ganz Europa mit derselben Gefahr bedroht. Laßt die Schwärmer abseits stehen, brandmarkt die geistlichen und die lausfertigen Gerüchtmacher, schärfet kein Feuer durch unüberlegte Reden. Bewahrt die Ruhe, die ihr vier Jahre lang mustergültig und von der ganzen Welt bewundert, zur Schau getragen habt. Dann kommt der Tag, an dem ihr mit Stolz sagen könnt, daß auch ihr geholfen habt, das Reich über die schwerste Krise hinwegzuführen. Der Tag kann nur kommen, wenn ihr stündlich bedenkt: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Bermischtes.

Vom Ursprung der Butter. Die Butter, die wir heute nur quentchenweise zugeteilt bekommen und als Zugabe zum Brot, das uns auch nur gramweise zugemessen wird, so sehr vermissen, ist, wie es scheint, sehr alten Ursprungs. Schon vor mindestens 5000 Jahren ist sie im Orient als Brotbeigabe bekannt gewesen. In der Bibel wird sie mehrfach erwähnt, so z. B. letzte Abraham den drei Engeln, die ihn besuchten, Milch und Butter vor. In Indien wurde die Butter zu religiösen Zwecken verwendet: die Opfer Speisen wurden „mit Butter bedeckt“. Merkwürdigerweise scheinen aber weder die Griechen noch die Römer die Butter gekannt zu haben. Es liegt wenigstens über die Verwendung von Butter in griechischer oder römischer Haushaltung keinerlei sichere Kunde vor, und Plinius spricht von der Butter als von einer köstlichen Speise der „Barbaren“. Danach haben also die alten Germanen die Butter ebenfalls gekannt. Die Altarlampen der ersten Christen wurden mit Butter gespeist; Öl als Brennstoff kannte man damals noch nicht. Im Mittelalter nannte man die Butter „Rubschmer“. Auf welche Weise der Name Butter entstanden ist, läßt sich nicht feststellen, wahrscheinlich aber stammt die Bezeichnung aus verhältnismäßig junger Zeit.

Aus der Geschichte der Grippe. Das „Journal des Debats“ gibt Pariser Aufzeichnungen aus dem Februar 1733 über eine damalige Grippeepidemie wieder. Darin heißt es: „Am 6. und 7. dieses Monats war von 5 Uhr abends an ein so dichter und schwarzer Nebel, daß man die angezündeten Laternen nicht sah. In der Straße ging jedermann mit Fackeln und Kerzen in der Hand, und dabei hatte man noch seine liebe Not, Weg und Steg zu finden. Der Nebel, der sich über Paris verstreifte, ist von

Winden aus Deutschland herbeigeführt worden, die voll Bösartigkeit sind, denn in allen Städten des Königreichs herrscht ein epidemischer Katarch, von dem jedermann ergriffen ist. Aus Straßburg, Beaumont und anderen Städten mit großer Garnison wird gemeldet, daß man nur einen Teil der Stadt offen läßt, weil es an Offizieren und Soldaten für den Wachdienst fehlt. In Paris hütet mehr als ein Drittel der Bevölkerung das Bett und die Chirurgen haben alle Hände voll mit Aderlassen zu tun. Der Katarch ist nicht gefährlich, aber in Reims sollten viele Leute gestorben sein. Hier ist fast niemand verschont geblieben.

Welche „Betriebskosten“ ein Kriegsgewinnler verbuchen muß. Ein dänischer „Gulashbaron“, wie man dort die Kriegsgewinnler benennt, hatte der Steuerbehörde sein Einkommen auf 150 521 Kronen und sein Vermögen auf 440 000 Kronen angegeben. Als man Einsicht in seine Bücher forderte, ergab sich, daß er als Betriebskosten mitgerechnet hatte: 4000 Kronen Toilettenkonto seiner Frau, 8000 Kronen Belgarnitur für seine Frau, 1000 Kronen für neue Böden, 10 000 Kronen für den Bau einer Villa, 43 000 Kronen für deren Einrichtung, 50 000 Kronen für Luxuspferde. Weitere 100 000 Kronen hatte er als Deduktion für „unvorhergesehene Ausgaben“ eingeseht.

Peinliche, aber wirksame Verwechslung. An der Soldatenzeitung „Am Vosporus“ liest man: Herr Müller hat einen Freund zu Besuch. Ehe man sich zu Tisch setzt, küßt ihn seine Gattin ins Ohr, er solle nicht zu oft zum Trinken auffordern, weil nur noch die eine Karaffe Wein da wäre. Herr Müller scheint diese Warnung aber vergessen zu haben, denn als nach dem ersten Glase der gute Freund plötzlich im Einsinken sehr zurückhaltend wird, läßt Müller alle seine Redekünste spielen, um zum Trinken zu animieren. Aber je mehr er auffordert, um so entschiedener wird vom Freunde abgelehnt. — Eine Stunde später; Herr und Frau Müller allein. Frau Müller: „Wie konntest du nur immer wieder zum Trinken auffordern, nachdem ich dir vorher sagte, daß es der letzte Wein sei!“ — Herr Müller: „Hatte es ganz vergessen.“ — Frau Müller: „Dann hätte es dir aber doch einfallen müssen, als ich dich jedesmal unterm Tisch trat.“ — Herr Müller: „Nicht gekreuzt? Ich habe nichts gemerkt, (nachdenklich): na, aber jedenfalls hat es gewirkt!“

Norwegisches Fischbrot. Aus Christiania wird berichtet, daß man dort jetzt ein neues Brot verkauft, das zu 20% aus Fisch und 80% aus Mehl besteht. Die Fische werden sauber gewaschen, gekocht, fein gewiegt, bis eine Art Mus entsteht. Dieses Fischmus wird mit dem Mehl vermischt und im Ofen wie das gewöhnliche Brot gebacken. Das Brot ist außerordentlich wohlschmeckend sein; es wird in Brotlaiben zu 910 Gramm und zum gewöhnlichen Brotpreis verkauft. „Der Vorteil dieses Brotes“, schreibt „Norke Intelligensbeleg“, „besteht darin, daß man dies neue Brot bereits für 12 Abschnitte der Brotsorte erhält, während man für das gewöhnliche Brot 14 Abschnitte hingeben muß.“

Amerikas „Nationalsprache“. Herr Lane, Minister des Innern in den Vereinigten Staaten, hat einen „Amerikanisierungsausschuß“ gegründet. Dieser Ausschuß wünscht, daß der Kongreß durch gesetzliche Maßnahmen fünf Millionen Menschen, die in den Vereinigten Staaten wohnen, Gelegenheit gebe, die englische Sprache zu lernen, und zwar soll der Unterricht obligatorisch sein. Es gibt, wie der Minister zu seinem Bedauern feststellen mußte, in den Vereinigten Staaten noch große Provinzen, in denen die Schulkinder Deutsch oder Spanisch, aber kein Wort Englisch lernen und sprechen. Auch unter den Rekruten gibt es viele, die vom Englischen kaum eine Ahnung haben. Es soll aber, so wünscht die Regierung jedermann in Amerika Englisch sprechen, und wer es nicht freiwillig tut, soll mit sanfter Gewalt dazu angehalten werden.

Hindenburgs Testament. Wie bekannt wird, hat der große Heerführer bereits einmal ein Testament gemacht, und zwar mit — zwölf Jahren, als er die Kadettenschule besaß. Damals schrieb er für alle Fälle ein Testament nieder. Der Feldmarschall zeigte auch in diesem merkwürdigen Schriftstück seine Herzengüte. Täglich hatte ihm seine Mutter für einen armen Schulfameraden namens Schreiger eine Semmel mitgeben müssen. Nun bestimmte er in seinem Testament die Fortsetzung dieses Brauchs: „Mein Bruder Otto soll dem Schreiger alle Tage eine Semmel mitnehmen!“ Seine Spielfreude setzte er seinen Geschwistern aus. Als Schlusswort fügte er dem Testament noch den energischen Wunsch hinzu: „Friede und Ruhe bitte ich mir für immer aus!“

China in Paris. Im Weltkrieg sind neben anderen sonderbaren Verbindungen auch Franzosen und Chinesen Bundesgenossen geworden. Im Zeichen der Verbrüderung Frankreichs und Chinas ist das Nationalfest der chinesischen Republik zum erstenmal auch in Paris gefeiert worden. Bei diesem Anlasse spielte eine chinesische Künstlertruppe im Theatre Antoine das ins Chinesische überlesete Stück „Der Schleier des Glücks“, dessen Verfasser kein geringerer als der gegenwärtige Ministerpräsident Clemenceau ist. Vor vielen Jahren, als sich Clemenceau fast ausschließlich journalistisch und literarisch beschäftigte, gelangte das genannte Bühnenwerk im Theatre de la Renaissance zur Aufführung. „Der Schleier des Glücks“ spielt in China und hat also nun auch die chinesische alte Lokalfarbe empfangen. Clemenceau aber verläßt heute, sich als Weber von Unglücksfäden zu betätigen.

Die Geschichte der „Spanischen Grippe“. In einem Aufsatz des „Manchester Guardian“ wird auf die Rolle hingewiesen, die Spanien seit Jahrhunderten als der Herd von Epidemien gespielt habe. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts haben sich Wellen über Wellen solcher Krankheiten von Spanien aus verbreitet, und es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich dabei schon immer um Influenza-Epidemien gehandelt hat. Der Spanier selbst bezeichnet die Influenza mit dem Namen Tabardillo. Es ist behauptet worden, daß der ursprüngliche Erreger dieses Tabardillo das Schaf sei. Von dieser Annahme stammen die volkstümlichen Bezeichnungen bei uns wie „Schafshusten“, „Schafsgist“ her. Eine Untersuchung dieses angeblichen Zusammenhangs hat bisher nicht stattgefunden.

Wie man in China „Anleihen“ macht. Die chinesische Regierung war kürzlich in Geldverlegenheit. Da kam Präsident Feng Ao-chang auf eine originelle Idee: er wandte sich an die abgelebte kaiserliche Familie und verpackte bei dieser einen Pump von drei Millionen Dollars anzulegen! Die kaiserliche Familie lehnte ab, weil sie selbst nicht stark bei Kasse sei. Aber sie hatte es mit einem Chinesen zu tun. Herr Shih-tao, der die Fürsorge über die abgelebte kaiserliche Familie hat, empfing einen Wink, daß der Präsident ein treuer Wächter der kaiserlichen Familie sein könnte; er hätte sogar die Möglichkeit, in die neue Staatsverfassung einen Paragraphen aufzunehmen, der die Sicherheit der früheren Mandchu-

oder Tjing-Dynastie gewährleistetete — und das wäre doch sehr schön von ihm, da man sonst für nichts Reben könnte. Also, kurz gesagt, die Mandchu-Bringen griffen in die Taschen, und der Präsident hat seine 3 Millionen.

Nah und Fern.

○ Kein Bilsener Bier mehr. Der Bilsener Nationalausfluß hat die Ausfuhr von Bilsener Bier verboten, damit der heimische Gebrauch gedeckt werde und weil keine Bürgschaft dafür bestehe, daß die Wagen wieder zurückgeschickt werden. Wie mitgeteilt wird, sind in Deutschland nennenswerte Vorräte von Bilsener Bier überhaupt nicht mehr vorhanden. Die Preise für das Bilsener Bier waren stark in die Höhe gegangen. Während 1914 der Hektoliter noch 53 Mark kostete, wurden jetzt im Kleinverkauf 164 Mark für die gleiche Menge bezahlt.

○ Einfuhr von Möbeln aus Groß-Rußland. In letzter Zeit hat der Transportverkehr aus Groß-Rußland größeren Umfang angenommen. Namentlich in Möbeln hat sich ein reges Geschäft entwickelt. Die Möbel, die in Moskau und Petersburg in großen Lagern zum Abtransport gesammelt werden, entflammen zum Teil dem Besitze der seinerzeit bei Ausbruch der Revolution aus Rußland geflüchteten Personen.

○ Mäuerdreistigkeit. In einer Schuhwaren-Niederlage in Berneseikirchen erschienen am hellen Mittag acht Einbrecher mit einem Fuhrwerk, erbrachen die Haupteingangstür und schleppten auf dem Wagen neun Kisten mit Bergmannsschuhen davon, insgesamt 1080 Paar, im Verkaufswerte von 87 000 Mark. Erst bei der Fahrt durch die Stadt schöpften ein Bürger Verdacht. Der Polizei gelang es, den Wagen in Bergisch-Born festzuhalten und mehrere der Einbrecher zu verhaften.

○ Weibliche Pfarrer in der Schweiz. Die Stadt Zürich hat seit einer Woche zwei weibliche Pfarrer. Das ist in Europa der erste Fall von der Übernahme des Pfarramts durch Frauen. Denn die in nordischen Ländern und in Holland tätigen weiblichen Pfarrer sind Angehörige freier Kirchen, nicht von Staats wegen bestätigt. Die beiden Schweizer weiblichen Pfarrer sind zwar noch nicht in Amt und Würden, bisher aber schon ausübungsweise sehr tätig, wie durch die Ordination im Namen des Kirchenrates berechtigt, alle Verpflichtungen des geistlichen Amtes zu übernehmen.

○ Ergiebige Seehundsjagd in der Ostsee. In der Südküste der dänischen Insel Vaaaland hat sich in der letzten Zeit eine Menge Seehunde gezeigt; sie treten in großen Scharen auf und führen am Strande ein munteres Leben. In Nalshen machen die Fischer große Fänge. An einzelnen Tagen werden so 16 bis 18 Seehunde gefangen; außerdem werden viele abgeschossen. Für die Fischer ist der Seehundfang eine gute Nebeneinnahme. Der Staat zahlt für jeden erlegten Seehund eine Prämie; außerdem wird für den Tran, der ja jetzt sehr teuer ist, ein guter Preis erzielt. Aus einem mittelgroßen Seehunde können 60 Liter Tran gekocht werden.

○ Es gibt wieder holländische Zigarren. Das holländische Ministerium hat jetzt die Ausfuhr von 500 Millionen Zigarren gestattet. Einheitszigarren kommen nicht weiter in den Handel. Statt dessen müssen die Fabrikanten einen bestimmten Betrag für je 1000 Zigarren der Unterkümmerskasse für Arbeitslose zuwenden. Das Amsterdamer Hilfsbureau vor Tabak hat die auf jeden einzelnen Fabrikanten entfallende Zahl von Zigarren, die ausgeführt werden mag, bereits festgelegt.

○ Verheerungen der Grippe in Amerika. Die Krankheit tritt in den Vereinigten Staaten sehr bösartig auf. In den Truppenlagern sind täglich im Durchschnitt 12 000 neue Fälle, davon 390 Todesfälle und 1854 Fälle von Lungenentzündung zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Kranken in einer Woche betrug 127 413, davon 10 429 Lungenentzündungen und 2800 Todesfälle. In manchen Lagern betrug der Zuwachs von Tag zu Tag 100%.

○ Wasserweg zwischen Ost- und Westdeutschland. Die ostdeutschen Häfen hatten vor dem Kriege sehr lebhaften regelmäßigen Dampferverkehr mit den westdeutschen Städten, mit den Häfen an der Weser, Ems und am Rhein. Während des Krieges ist dieser Verkehr zunächst einige Zeit ganz eingestellt gewesen, und nachher auch nur in ganz geringem Umfang aufgelebt. Er wird jetzt aber wieder verbessert und in größerem Umfang zur Entlastung der Eisenbahn herangezogen werden. Der gesamte Frachtgutverkehr ist jetzt zwischen Westdeutschland und Ostpreußen auf die regelmäßigen Dampferlinien angewiesen. In ähnlicher Weise wird wahrscheinlich auch für einen Teil Westpreußens der Dampferverkehr mit dem Rheingebiet des Eisenbahnweg zu ersetzen haben.

○ Geständnis des früheren Reichstagsabgeordneten Günther. Der verhaftete ehemalige Reichstagsabgeordnete Bahnpediteur und Ratsherr Günther aus Reidenburg, der seine Beteiligung an dem bekannten großen Schmuggelunternehmen in Reidenburg und Mawa bisher hartnäckig leugnete, und den ostpreussischen Zeitungen sogar mit Beleidigungsklagen drohte, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt, woraus klar hervorgeht, daß Günther als Hauptschuldiger in Betracht kommt. Nach seinem Geständnis unterteilt Günther seit Jahren mit der Firma Baum, Berlin, und der Firma Gebrüder Hensel in Mawa rege unläutere Geschäftsverbindungen. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters des Landgerichts Allenstein wurde auch der Inhaber der Berliner Firma Baum verhaftet.

○ Mord durch Hamsterer. In Balz a. D. wurde die 34 Jahre alte Frau Emma Konrad erwürgt aufgefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß ein Mann und eine Frau am Ort gewesen waren und bei vielen Leuten nach Lebensmitteln vorgeprochen hatten, dann zu der Frau Konrad gegangen sind. Weiter wurde festgestellt, daß sie von dort aus mit dem nächsten Zug in der Richtung nach Berlin abgefahren sind. Wahrscheinlich sind die Hamsterer mit der Frau in Streit geraten, in dessen Verlauf die Frau erwürgt wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 337 346 Mark Geldstrafe für Schmutzgel aus Belgien. Vor der Kölner Strafkammer standen als Angeklagte der Spirituolenhändler Hartkopf aus Elberfeld, die Kaufleute Karl und Peter Schwarz aus Köln und der Kaufmann Oskar Kopp aus Nürnberg. Den Verduldigten wurde verbotene Einfuhr, Goldfälschung und Vergehen gegen die Kriegsvorarbeiten zur Last gelegt. Sie hatten durch Schiebungen aus Belgien Spirituosen, Kognak, Seife und Metalle bezogen. Das Gericht erkannte gegen Hartkopf und Peter Schwarz auf je 111 966 Mark, gegen Karl Schwarz auf 112 114,40 Mark und gegen Kopp auf 1800 Mark Geldstrafe. Der erzielte Gewinn in der Höhe von 100 000 Mark wurde vom Gericht einbehalten.